

z. Hd. Herrn
Gesandter Dr. Mag. Stefan Scholz
Bundesministerium für Europäische
und internationale Angelegenheiten
Minoritenplatz 8, 1010 Wien
Email an: sektionvii@bmeia.gv.at

Wien, 12. Mai 2026

Sehr geehrter Herr Gesandter Dr. Scholz!

Vielen Dank für unser Gespräch und den konstruktiven Austausch zur derzeit in Ausarbeitung befindlichen Afrikastrategie 2027–2029 am 27. März 2026. Wir nehmen gerne Bezug auf die aktuell vorliegende dritte Version der Afrikastrategie und möchten aus zivilgesellschaftlicher Sicht einige Anmerkungen und Vorschläge einbringen. Als Dachverband von 39 österreichischer NGOs, die in den Bereichen internationale Entwicklung und Humanitäre Hilfe tätig sind, hoffen wir mit unseren Empfehlungen zu einer ausgewogenen, wirksamen und partnerschaftlich ausgerichteten Afrika Strategie beizutragen.

Mit diesem Schreiben legen wir Ihnen eine schriftliche Vertiefung und Zusammenstellung zentraler Punkte vor, die wir teilweise bereits im Gespräch angesprochen haben und die für die abschließende Ausarbeitung der Afrikastrategie maßgeblich sind. Unser Beitrag soll als konstruktiver Input in den laufenden Prozess dienen, zentrale Qualitätsstandards für eine kohärente, nachhaltige und partnerschaftliche Strategie setzen und gleichzeitig den weiteren fachlichen Austausch anregen. Wir würden uns freuen, wenn Sie die folgenden Empfehlungen in die Strategie aufnehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Lukas Wank, MSc
Geschäftsführung AG Globale Verantwortung



1) Mission Statement

Kohärenz - Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung (PCSD)

Obwohl die Wichtigkeit von Kohärenz im Mission Statement (Seite 1) angeführt wird, erscheint der Ansatz von Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung noch nicht ausreichend und klar herausgearbeitet, insbesondere fehlen der Bezug zu den Ergebnissen des (derzeit in Arbeit befindlichen) OECD-Scans Österreichs sowie eine nachvollziehbare Darstellung, wie PCSD im Rahmen der Afrikastrategie konkret umgesetzt werden soll.

Der gesamtstaatliche Ansatz bietet jedoch die Chance, unterschiedliche Politikfelder im Afrikakontext besser aufeinander abzustimmen. Es bedarf eines gemeinsamen Verständnisses darüber, wie mit **Zielkonflikten zwischen unterschiedlichen Politikfeldern** (z.B. entwicklungspolitisch, wirtschaftlich, sicherheits- und migrationspolitisch) und deren Interessen umgegangen wird. Es ist daher wichtig, dass der gesamtstaatliche Ansatz explizit an den Prinzipien der **Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung (PCSD)** ausgerichtet ist. PCSD bedeutet, dass entwicklungspolitische Zielsetzungen systematisch in allen relevanten Politikbereichen mitgedacht werden und potenzielle Zielkonflikte nicht ausgeblendet, sondern transparent gemacht und bearbeitet werden. Dabei ist sicherzustellen, dass die Abwägung und Bearbeitung von Zielkonflikten konsequent an afrikanischen Prioritäten, nationaler Ownership in den Partnerländern sowie an gemeinsam vereinbarten entwicklungspolitischen Zielen ausgerichtet ist.

Für die Ausgestaltung der Afrika-Strategie bedeutet dies insbesondere:

- Zielkonflikte zwischen Entwicklungszielen und anderen politischen Interessen frühzeitig zu identifizieren und nachvollziehbar zu benennen,
- sicherzustellen, dass wirtschafts-, handels- oder migrationspolitische Instrumente entwicklungspolitische Wirkungen berücksichtigen und diesen nicht entgegenwirken,
- entwicklungspolitische Ziele nicht funktional zu verengen oder einseitig unter andere politische Zielsetzungen zu subsumieren,
- Entscheidungsprozesse so zu gestalten, dass Prioritätensetzungen transparent und begründbar sind.

Eine solche Herangehensweise erhöht nicht nur die inhaltliche Qualität der Strategie, sondern stärkt auch ihre Glaubwürdigkeit nach innen und außen.

Einbindung der Zivilgesellschaft und österreichischer NGOs bei der Ausgestaltung der Afrikastrategie

Obwohl das Mission Statement darauf hinweist, dass die Zivilgesellschaft in die Erstellung bzw. über die Erstellung dieser Strategie eingebunden/informiert wurde, stellen wir fest, dass dies nicht direkt, sondern nur indirekt und aufgrund unseres Interesses an einem Austausch bezüglich der Afrikastrategie im BMEIA, stattfand. Die vorliegende Version der Afrikastrategie haben wir durch Nachfragen bei der Sozialpartnerschaft erhalten. Gleichzeitig merken wir an, dass gemäß den **Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung** sowie dem Praxisleitfaden zur Beteiligung der Zivilgesellschaft an politisch



administrativen Prozessen des Bundeskanzleramts, die Zivilgesellschaft in relevante Prozesse systematisch einbezogen werden sollte. Die strukturierte Einbindung der Zivilgesellschaft über kontinuierliche Beteiligungsformate – auch über formelle Konsultationen hinaus – ist dabei ein zentrales Qualitätsmerkmal vorausschauender Politikgestaltung, insbesondere auch im Hinblick auf die laufende Anpassung strategischer Zielsetzungen an sich rasch verändernde politische, soziale und humanitäre Kontexte.

Bisher wird die Zivilgesellschaft und die Rolle von NGOs – abgesehen von wenigen Ausnahmen wie dem Ghana-Projekt des ACP in Kapitel 2, Schwerpunkt 1 - Sicherheit, Stabilität und Resilienz – in der Strategie kaum berücksichtigt. Die von der ADA kofinanzierten bilateralen Programme und Projekte fehlen ebenfalls weitgehend, obwohl beispielsweise im Schwerpunkt 4 (Bildungs- und Wissenschaftskooperation) zum Thema dualer Aus- und Weiterbildung zahlreiche bewährte NGO-Initiativen umgesetzt wurden und künftig weiter eingebunden werden sollten. Zudem wird Zivilgesellschaft derzeit eng als „Zivilbevölkerung“ verstanden, weshalb österreichische NGOs sowie lokale Initiativen vor Ort nur im Bereich Bildung und Wissenschaft erwähnt werden. Wir schlagen daher vor, einen eigenen Absatz zur strategischen Rolle der Zivilgesellschaft und österreichischer sowie lokaler NGOs als wichtige Partnerinnen und Umsetzerinnen von Projekten für vulnerable Gruppen einzufügen, beispielsweise im Management Summary oder Kapitel I Österreich – Afrika Interessenskonvergenz.

Unser Textvorschlag: *Die Zivilgesellschaft in Österreich und in afrikanischen Partnerländern ist eine unverzichtbare Akteurin für Demokratie, Menschenrechte, soziale Teilhabe und nachhaltige Entwicklung. Gerade in Zeiten eines weltweit zunehmenden „shrinking civic space“, in dem zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume vielerorts eingeschränkt werden, kommt ihr eine besondere Rolle als Stimme der Bevölkerung, als Wächterin demokratischer Prozesse und als Frühwarninstanz für gesellschaftliche Spannungen und unbeabsichtigte negative Wirkungen von Maßnahmen und Projekten zu. Vor diesem Hintergrund kennen wir die Mehrfachrolle von NGOs, Menschenrechtsverteidiger*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen an und verstehen diese als strategische Dialogpartnerinnen. Gleichzeitig besteht deren Rolle als operative Umsetzungspartnerin von einer Vielzahl von Programmen und Projekten der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe. Zugleich halten wir fest, dass der Schutz des zivilgesellschaftlichen Raums sowie die Förderung von Demokratie und Menschenrechten nicht hinter wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Interessen zurückstehen dürfen.*

2) Management Summary

Mit Bezug auf die Ziele Strategie (Seite 2) stellen wir fest, dass bereits wichtige Aspekte integriert wurden, etwa der Respekt universeller Rechte und Österreichs internationalen Verpflichtungen etc. Zur Sicherung einer wirksamen, kohärenten und partnerschaftlichen Strategie sollten jedoch auch die Ziele des österreichischen EZA-Gesetzes vorrangig erachtet werden, insbesondere die Verpflichtung zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheiten in Ländern des Globalen Südens. Diese könnten etwa unter Punkt b) aufgenommen oder als eigenständiger Schwerpunkt auf den Seiten 2 und 3 ergänzt werden.



Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe als eigenständige Politikbereiche

Gerade im Zusammenhang wachsender geopolitischer und sicherheitspolitischer Interessen erscheint es aus unserer Sicht wesentlich, dass eine österreichische Afrika-Strategie die **Eigenständigkeit von Entwicklungszusammenarbeit und Humanitärer Hilfe** klar anerkennt und stärkt. Entwicklungszusammenarbeit ist gemäß österreichischem Entwicklungszusammenarbeitsgesetz und internationalen Verpflichtungen primär auf **Armutsbekämpfung, die Förderung nachhaltiger Entwicklung, die Wahrung der Menschenrechte, Einhaltung des Humanitären Völkerrechtes sowie die Stärkung von Resilienz und menschlicher Sicherheit** ausgerichtet. Humanitäre Hilfe folgt klaren internationalen Prinzipien – Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit – und dient der Rettung von Leben, der Linderung von Leid und dem Schutz der Würde von Menschen in Krisen. Eine kohärente Afrika-Strategie sollte diese Zielsetzungen nicht relativieren oder funktionalisieren, sondern sie als **normativen Kern** des österreichischen Engagements begreifen. Andere Politikziele – etwa im Bereich Wirtschaft, Migration oder Sicherheit – sind in unserem Verständnis nachvollziehbare staatliche Interessen, dürfen jedoch die entwicklungspolitischen und humanitären Zielsetzungen weder überlagern noch konditionieren oder diese als nachgeordnete Instrumente anderer Politikfelder funktionalisieren.

Prioritäten der Partner*innen stärker miteinbeziehen

Weiters wird bei den Zielen Punkt b) zwar davon gesprochen die **Prioritäten der Partnerländer** miteinzubeziehen, jedoch sehen wir, dass dieses Ziel nicht klar genug verfolgt bzw. einige dringende Prioritäten der afrikanischen Staaten bisher nicht einbezogen worden sind. Die Weltbank/IMF hebt in ihrem Bericht (*African Economic Outlook 2026*¹) vor allem die Schaffung von Arbeitsplätzen, Erhöhung der Produktivität und Verbesserung der Schuldentragfähigkeit sowie Schritte zu inklusivem Wachstum als zentrale Prioritäten afrikanischer Staaten hervor. In der aktuellen Strategie werden insbesondere die **Reduktion von Schulden und Schuldendienst** sowie die explizite Verknüpfung mit inklusivem Wachstumsmodell noch nicht berücksichtigt und sollten daher in die Strategie aufgenommen werden. Gleichzeitig ist es aus unserer Sicht wichtig im Management Summary bzw. in Kapitel I *Österreich – Afrika: Interessenskonvergenz* zu erwähnen, dass sich die obersten Prioritäten der afrikanischen Staaten je nach Region, Einkommen, Armut, wirtschaftlicher Leistung und ökologischen Problemen unterschiedlich darstellen. Der afrikanische Kontinent sollte daher nicht als ein Land in einer gesamtstaatlichen Strategie gesehen werden. Dadurch werden die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen in den unterschiedlichen Ländern nicht abgebildet. Zwar können sie realistischerweise nicht vollständig in einer Strategie abgebildet werden, dennoch empfehlen wir, Textstellen zu Reduzierung von Armut und Ungleichheiten sowie den Bedürfnissen von vulnerablen und ausgegrenzten Menschen in die Strategie zu integrieren.

¹ <https://www.imf.org/en/publications/reo/ssa/issues/2026/04/16/regional-economic-outlook-for-sub-saharan-africa-april-2026>



3) Kapitel I Österreich – Afrika: Interessenskonvergenz

Entwicklungsfinanzierung: Öffentliche Finanzen, Schuldentragfähigkeit und gerechte Besteuerung

Strukturelle Themen der Finanzierung finden bisher kaum Erwähnung und sollten ergänzt werden, beispielsweise in Kapitel I unter „Die Partnerschaft im EU- und internationalen Rahmen“ (Seite 10), da gerade afrikanische Staaten besonders stark von akuten Finanzkrisen betroffen und die finanziellen Handlungsspielräume durch hohe Verschuldung, volatile Kapitalflüsse sowie erhebliche Verluste durch Steuervermeidung und illegale Finanzabflüsse eingeschränkt sind. In Folge steigt die staatliche Verschuldung vieler Länder im Moment erneut an und es werden Ressourcen aufgewendet, um Schulden zu tilgen, anstatt diese in die Bereiche Bildung, Gesundheit und Soziales zu investieren. Wir empfehlen daher insbesondere eine Schuldenentlastung vieler Länder sowie die Unterstützung nationaler Steuereinnahmen. „Domestic Resource Mobilization“ wird beispielsweise sowohl in der AU-Agenda 2063 als auch im Programm des IWF/der Weltbank als wichtige Priorität angesehen.

Eine kohärente Afrika Strategie sollte daher **Fragen der Schuldentragfähigkeit**, der **Stärkung öffentlicher Finanz- und Steuersysteme** sowie der **Mobilisierung eigener Ressourcen** systematisch berücksichtigen. Internationale Initiativen zur Förderung transparenter und gerechter Besteuerung – etwa im Rahmen der Vereinten Nationen (*UN Tax Convention*) – leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.

Gerade im Kontext verstärkter Investitions- und Infrastrukturinitiativen erscheint es zentral, dass diese nicht zu einer weiteren Verschärfung von Verschuldungsrisiken führen, sondern langfristig zur Stärkung fiskalischer Spielräume, sozialer Sicherungssysteme und öffentlicher Dienstleistungen beitragen. Entwicklungswirksame wirtschaftliche Kooperation sollte daher stets im **Zusammenspiel von Investitionen, Schuldentragfähigkeit und gerechter Besteuerung** gedacht werden.

4) Schwerpunkt 1 – Stabilität, Sicherheit und Resilienz

Humanitarian–Development–Peace Nexus

Dieses Kapitel zeigt die Zusammenhänge zwischen Entwicklungspolitik, Humanitärer Hilfe, menschlicher Sicherheit, Friedensförderung und Konfliktverhütung in afrikanischen Staaten auf. Insbesondere in langanhaltenden Krisen bestehen enge Wechselwirkungen zwischen akuter Nothilfe, dem Wiederaufbau von Lebensgrundlagen, der Stärkung von Resilienz und der Förderung sozialer sowie politischer Stabilität. Der **Humanitarian–Development–Peace Nexus** (HDP-Nexus) bietet hierfür einen wichtigen Orientierungsrahmen, der auch in Schwerpunkt 1 erwähnt wird. Entscheidend ist jedoch, dass der HDP-Nexus nicht nur ein Konzept bleibt, sondern operativ umgesetzt wird. Dies erfordert unter anderem:

- flexible und längerfristige Finanzierungsinstrumente
- eine stärkere Verzahnung von humanitären und entwicklungspolitischen Maßnahmen
- klare Rollen und Verantwortlichkeiten der beteiligten Akteur*innen und
- Raum für adaptive Ansätze und lernorientierte Steuerung.



Weiters schlagen wir vor den Friedensaspekt zu stärken sowie Konfliktsensibilität in diesem Kapitel auszubauen und weniger Fokus auf Sicherheitsaspekte zu legen. Das Kapitel könnte daher auch um das Wort Frieden erweitert werden: “Stabilität, Frieden, Sicherheit & Resilienz”.

Schutz zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume

Eine besondere Rolle kommt in diesem Zusammenhang der **Zivilgesellschaft** zu. Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Gemeinschaftsstrukturen, Selbstvertretungsorganisationen zum Beispiel von Menschen mit Behinderungen und unabhängige Medien leisten in vielen afrikanischen Ländern einen zentralen Beitrag zu Konfliktprävention, sozialem Zusammenhalt, Rechtsdurchsetzung und politischer Teilhabe. Gleichzeitig sind sie zunehmend mit restriktiven gesetzlichen Rahmenbedingungen, politischem Druck und eingeschränkten Finanzierungsmöglichkeiten konfrontiert. Der sogenannte *shrinking civic space* stellt damit ein ernstzunehmendes Risiko für nachhaltige Entwicklung, demokratische Prozesse und Friedensbemühungen dar.

Wir halten es für zentral, dass eine kohärente Afrika-Strategie diesen Entwicklungen explizit Rechnung trägt. Die Stärkung und der Schutz zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume sind **zentrale Voraussetzungen für wirksames und glaubwürdiges Engagement**. Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe können hier wichtige Beiträge leisten, etwa durch die gezielte Unterstützung lokaler Organisationen, den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen sowie die Förderung inklusiver Dialog- und Beteiligungsformate. Zugleich ist es wesentlich, dass Maßnahmen in fragilen und konfliktbetroffenen Kontexten konsequent **konfliktsensibel** gestaltet werden. Do-No-Harm-Ansätze, tiefgreifende kontextspezifische Analysen und die sinnvolle Partizipation lokaler Akteur*innen und Expert*innen tragen dazu bei, unbeabsichtigte negative Wirkungen zu vermeiden und bestehende Spannungen nicht weiter zu verschärfen.

Darüber hinaus zeigen Erfahrungen aus der Entwicklungs- und Friedensarbeit, dass nachhaltiger Frieden nicht allein durch institutionelle Reformen oder sicherheitspolitische Maßnahmen erreicht werden kann. Langfristige Stabilität erfordert Investitionen in soziale Sicherung insbesondere auch von vulnerablen Gruppen, Bildung, gerechte Ressourcennutzung und politische Teilhabe. Eine solche Herangehensweise stärkt nicht nur die Wirksamkeit entwicklungspolitischer und humanitärer Maßnahmen, sondern trägt auch dazu bei, Österreich als **verlässlichen, prinzipiengeleiteten und glaubwürdigen Partner** in komplexen politischen Kontexten zu positionieren.

5) Schwerpunkt 2 – Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nachhaltige Wirtschaftspartnerschaften statt Extraktivismus

Aus unserer Sicht ist es wichtig, die österreichischen Eigeninteressen nicht in den Vordergrund zu stellen, sondern die Bekämpfung von Armut und Ungleichheiten, das Empowerment für Frauen und Mädchen sowie für benachteiligte Gruppen und nachhaltige Entwicklung für die Bevölkerung in den afrikanischen Staaten zu ermöglichen bzw. zu unterstützen. Diese Punkte werden zwar erwähnt, stehen in



der vorliegenden Version aber im Hintergrund. Daher sollte im Schwerpunkt 2 eine Textpassage zu diesen Zielen eingefügt werden.

Für uns ist es entscheidend, dass wirtschaftliche Kooperation **nicht als Selbstzweck**, sondern als Teil eines übergeordneten entwicklungspolitischen Ziels verstanden wird und auf die Stärkung lokaler Wertschöpfung, menschenwürdiger Arbeit, sozialer Absicherung und ökologischer Nachhaltigkeit ausgerichtet sind. Ohne entsprechende Leitplanken besteht die Gefahr, bestehende Ungleichheiten zu vertiefen, soziale Spannungen zu verschärfen oder die Handlungsspielräume von Frauen, marginalisierten Gruppen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen unbeabsichtigt einzuschränken und asymmetrische, nicht nachhaltige Kooperationsmuster zu verfestigen oder extraktivistische Muster fortzuschreiben. Eine kohärente Afrika-Strategie sollte daher deutlich machen, dass wirtschaftliche Interessen und entwicklungspolitische Zielsetzungen **nicht deckungsgleich**, aber miteinander in Einklang zu bringen sind. Dies erfordert klare soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards, insbesondere dort, wo staatliche Förderinstrumente, Garantien oder öffentliche Mittel zum Einsatz kommen. Sorgfalts-pflichten, Transparenzanforderungen und die Einhaltung internationaler Arbeits- und Umweltstandards sind dabei zentrale Voraussetzungen für verantwortungsvolle Zusammenarbeit. Weiters ist es sinnvoll auch in diesem Kapitel von Konfliktsensibilität zu sprechen bzw. diese als Ansatz zu integrieren.

- Lokale Wertschöpfung: Investitionen sollten lokale Beschäftigung (menschenwürdige Arbeit), nachhaltige Produktion und lokale Klein- und Mittelbetriebe fördern, statt asymmetrische, extraktivistische Muster fortzuschreiben.
- Menschenrechts- und Umweltstandards: Staatliche Förderungen, Garantien und Wirtschaftspartnerschaften sollten an klare soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards geknüpft sein, entsprechend dem EU-Lieferkettengesetz.
- Strukturelle Ursachen von Armut: Die Strategie enthält bisher kein Bekenntnis zu fairem Handel, zur Reform des internationalen Finanzsystems oder zu Schuldenentlastung. Strukturelle Ursachen von Ungleichheit und Armut werden zwar in Einführungstexten angesprochen, Lösungswege aber bisher leider nicht aufgezeigt.

Unser Textvorschlag: *Investitionen und Wirtschaftspartnerschaften fördern Beschäftigung, menschenwürdige Arbeit, nachhaltige Produktionsweisen vor Ort und die Einbindung lokaler klein- und mittelständischer Betriebe. Staatliche Förderungen, Garantien und Partnerschaften binden sich an klare soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards und stehen im Einklang mit internationalen Verpflichtungen Österreichs. Die Bedürfnisse und Prioritäten der Partnerländer sowie der lokalen Bevölkerung stehen im Mittelpunkt. Relevante regionale und internationale Bezugsrahmen wie die Agenda 2063 der Afrikanischen Union, regionale Entwicklungsstrategien sowie einschlägige internationale Abkommen und Konventionen werden angemessen berücksichtigt.*



6) Schwerpunkt 3 – Migration und Mobilität

Migration: strukturelle Ursachen adressieren, Instrumentalisierung vermeiden

In der vorliegenden Afrika-Strategie werden die Themen Migration und Sicherheit zwar als Schwerpunkte behandelt, jedoch werden die Potenziale und Synergien der Entwicklungszusammenarbeit zu wenig berücksichtigt. Wir empfehlen daher, dies noch hinzuzufügen bzw. im Sinne der Politikkohärenz einzubinden und mit Maßnahmen und politischen Zielen, die zentral auf die Bekämpfung von Armut und Ungleichheiten ausgerichtet sind, zu untermauern.

Entwicklungszusammenarbeit kann einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie langfristig strukturelle Ursachen von erzwungener Migration und Vertreibung adressiert sowie die Förderung von Frieden, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlicher Teilhabe - wobei es wichtig ist, Lehren aus bisherigen migrationspolitischen Ansätzen zu ziehen und unbeabsichtigte negative Wirkungen künftig zu vermeiden. Gleichzeitig ist es wichtig, die Wirklogik von Entwicklungszusammenarbeit realistisch zu betrachten. Entwicklungszusammenarbeit ist **kein kurzfristiges Steuerungsinstrument für Migrationsbewegungen**. Verbesserungen von Lebensbedingungen, Bildungszugängen oder wirtschaftlichen Chancen führen nicht automatisch – und insbesondere nicht unmittelbar – zu sinkender Migration. Vielmehr verändern sie häufig zunächst die Formen und Möglichkeiten von Mobilität. Eine realistische und verantwortungsvolle Afrika Strategie sollte diese Zusammenhänge berücksichtigen und entsprechend differenzierte Erwartungen an entwicklungspolitische Wirkungen formulieren.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für wesentlich, dass Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe **nicht an migrationspolitische Konditionalitäten** geknüpft werden. Eine Instrumentalisierung entwicklungspolitischer Maßnahmen zur Migrationssteuerung birgt erhebliche Risiken: Sie kann die Wirksamkeit von Projekten untergraben, das Vertrauen lokaler Partner*innen beschädigen und die Glaubwürdigkeit Österreichs als verlässlichen und menschenrechtsbasierten Akteur schwächen. Eine kohärente Afrika-Strategie sollte daher klar zwischen migrationspolitischen Zielsetzungen und entwicklungspolitischen Instrumenten unterscheiden.

Entwicklungszusammenarbeit wirkt dort am nachhaltigsten, wo sie auf **Rechte, Teilhabe und strukturelle Transformation** abzielt – nicht dort, wo sie als kurzfristiges Steuerungsmittel zur Reduktion von Migration eingesetzt wird. Humanitäre Hilfe wiederum muss unabhängig von migrationspolitischen Überlegungen geleistet werden, um Zugang zu Menschen in akuten Notlagen sicherzustellen.

7) Schwerpunkt 4 – Bildungs- und Wissenschaftskooperation, kulturelle Zusammenarbeit und Umwelt- und Klimaschutz

Ernährungssicherheit als strategischer Querschnitt

Themen wie die Klimaerwärmung bzw. die Klimakrise, die Ernährungssicherheit, der Zugang zu natürlichen Ressourcen sowie Fragen der Land- und Wasserrechte stellen zentrale Herausforderungen für die Länder des afrikanischen Kontinents dar. In der vorliegenden Strategie finden sie jedoch keine angemessene Berücksichtigung. Klima- und Biodiversitätsschutz sowie Ernährungssicherheit erscheinen



darin nicht als strukturbildende Querschnittsthemen, sondern als Verweise ohne erkennbare Maßnahmen oder die notwendige politische Gewichtung.

Die Klimakrise, bewaffnete Konflikte, wirtschaftliche Schocks, steigende Preise sowie strukturelle Ungleichheiten beim Zugang zu Land und Ressourcen führen in vielen Regionen Afrikas zu chronischer Ernährungsunsicherheit und akuten Hungersituationen. Von diesen Entwicklungen sind insbesondere Frauen, Kinder und marginalisierte Bevölkerungsgruppen betroffen. Sie wirken sich zudem weit über den Ernährungssektor hinaus auf Gesundheit, Bildung, soziale Stabilität und Frieden aus. Daher ist es wichtig, Ernährungssicherheit als **strategischer Querschnitt** einer österreichischen Afrika-Strategie zu erarbeiten. Erfahrungen aus der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit sowie aus multilateralen Prozessen zeigen, dass nachhaltige Fortschritte in der Ernährungssicherheit nur dann erreicht werden können, wenn Ernährungssysteme ganzheitlich betrachtet werden und ihre sozialen, ökologischen, ökonomischen und politischen Dimensionen zusammengedacht werden.

Ein solcher Ansatz umfasst insbesondere:

- die Stärkung kleinbäuerlicher und lokaler Ernährungssysteme
- den gleichberechtigten Zugang zu Land, Wasser, Saatgut und anderen produktiven Ressourcen
- die gezielte Förderung von Frauen und Mädchen als zentrale Akteurinnen in Ernährungssystemen
- die Berücksichtigung von Klimaresilienz, Biodiversität und nachhaltigem Ressourcenmanagement
- die gezielte Förderung von Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge und zur Reduzierung von Katastrophenrisiken, einschließlich Frühwarnsystemen, sowie den Ausbau lokaler Fähigkeiten, institutioneller Strukturen und zivilgesellschaftlicher Kapazitäten, um Ernährungskrisen vorzubeugen, wiederkehrende Schocks besser zu bewältigen und Lebensgrundlagen nachhaltig zu schützen.

Dabei ist hervorzuheben, dass kleinbäuerliche Landwirtschaft und lokale Märkte in vielen afrikanischen Ländern nicht nur den Großteil der Nahrungsmittelversorgung sicherstellen, sondern auch eine zentrale Rolle für Beschäftigung, Einkommenssicherung und soziale Stabilität spielen. Eine Afrika-Strategie, die Ernährungssicherheit ernsthaft adressiert, sollte daher bewusst auf Ansätze setzen, die **lokale und regionale Wertschöpfung stärken**, Abhängigkeiten reduzieren und die Handlungsspielräume lokaler Akteur*innen erweitern.

Umwelt- und Klimaschutz

Auch im Kapitel zu Umwelt- und Klimaschutz Maßnahmen ist es sinnvoll Konfliktsensibilität zu stärken, insbesondere bei erneuerbaren Energie Projekten, sowie die Erwähnung des Nexus „Klima-Frieden-Sicherheit“, beispielsweise auf Seite 33. Weiters finden wir es wichtig im Text auf eine stringente Verwendung der Begriffe Klimaschutz, Umweltschutz, Schutz der Biodiversität zu achten.

Unser Textvorschlag:

- S. 30, Absatz 2: *Im Zusammenspiel mit politischen Faktoren und Instabilität verschärft die Klimakrise zudem die sicherheitspolitische Lage (Klima-Frieden-Sicherheitsnexus).*



- S. 30 Absatz 3: *Österreich nimmt zudem seine Verantwortung wahr, eigene Emissionen zu reduzieren, um die globale Klimakrise nicht weiter zu verschärfen.*

Bildungs- und Wissenschaftskooperation

- Österreichische Interventionen, ob in der Berufs- oder Höheren Bildung, sollten immer darauf Bedacht nehmen, auch einen Beitrag zur Stärkung der Bildungssysteme vor Ort zu leisten, d.h. sich in das jeweilige Bildungssystem einfügen oder zumindest eine Verbindung dazu haben und nicht nur stand-alone oder gar Inselprojekte darstellen.
- Das APPEAR-Programm könnte als erfolgreiches Kooperationsprogramm für Kapazitäten- und Institutionenaufbau in der Höheren Bildung genannt werden.
- Bei der Berufsbildung und dem Verweis auf das duale System könnte explizit auch die Zusammenarbeit mit Repräsentanzen der Arbeitnehmer*innen mit dem Hinweis auf *decent work* stehen (derzeit steht nur Interessensvertretung, was u.U. auch nur als Repräsentanz der Unternehmensseite gelesen werden könnte).
- S. 31, Maßnahmen – bei Ausbildungen. Auf VISA Problematik hinweisen: *Sollten diese Ausbildungsprogramme internationale Mobilität erfordern, erleichtert Österreich die Administration dieser Mobilität (z.B. VISA)*



Mitgliedsorganisationen der AG Globale Verantwortung

